

WAS ALLEN GEHÖRT, GEHÖRT KEINEM

Dr. Gerard van Wissen

Menschenbild und Demokratie

Das letzte Mal, daß ich im Osten Deutschlands referierte, war am 1. November 1989 an der ehemaligen *Karl- Marx- Universität*, der KMU, zu Leipzig. Es war im Rahmen einer gemeinsamen wissenschaftlichen Konferenz der KMU und meiner Universität, der Universität von Amsterdam, über *Menschenrechte in unserer Zeit*¹: ein brisantes Thema, damals und auch heute noch.

Die Konferenz war ein einzigartiges Erlebnis. Draußen vor dem 'Weisheitszahn' wurde demonstriert, und im Gebäude waren die Diskussionen geprägt von einem - sozusagen - *Stunde-Null-Gefühl*: Das Alte war vorbei, das Neue war noch nicht da. Die Zukunft lag noch offen. Die Teilnehmer aus der DDR hofften auf einen Neuanfang, auf die Möglichkeit, einen wahrhaften sozialen und demokratischen Rechtsstaat in der DDR aufbauen zu können.

Einige Tage später habe ich dann mit meinen Kollegen aus Amsterdam an der ersten großen freien Demonstration in *Berlin, Hauptstadt der DDR*, teilgenommen. Es war ein historisches Ereignis. Ich werde es nie vergessen. Besonders der Moment, in dem es bei der Ansprache von Günter Schabowski aus hunderttausenden Kehlen ertönt hatte "zu spät, zu spät", hat sich mir für immer ins Gedächtnis gegraben. Mir lief dabei eine Gänsehaut über den Rücken, und eines war mir klar: Diese Entwicklung kann nicht mehr rückgängig gemacht werden.

Eine Woche später fiel die Mauer. Es ist vielleicht gut, hier zu erwähnen, wie die Menschen damals im Ausland, besonders auch in meinem Lande, durch dieses Ereignis berührt und gerührt waren: auf der Straße, in den Geschäften wurde nur über eines geredet. Man war der Meinung, daß die Ereignisse nicht nur für Deutschland einen Neubeginn darstellten, sondern daß das Ende des kalten Krieges auch für die ganze Welt und besonders für die westlichen Demokratien einen Neuanfang bedeutete. Die alte in feindlichen Lagern gesplante Welt war vorbei. Eine neue, friedliche Welt würde in Erscheinung treten. Der amerikanische Politologe japanischer Herkunft, Fukuyama, sprach vom 'Ende der Geschichte' (*the End of History*): Jetzt habe - so meinte er - die Demokratie endgültig gesiegt.² Das ideale politische System, von dem schon Plato träumte, war endlich zur Vollendung gekommen. Die Demokratie habe sich über alle Alternativen unseres Jahrhunderts endgültig als Sieger erwiesen.

Steht die Demokratie wirklich als Sieger der Geschichte da, weil es keine glaubwürdige Alternative (mehr) gibt? Zweifel ist angebracht. Für die Frage, ob die demokratischen Prinzipien sich weltweit durchsetzen können, ist meiner Meinung nach die problemlösende Potenz demokratischer Strukturen von entscheidender Bedeutung. Das ist der Fall in den Ländern der ehemaligen sozialistischen Welt, aber nicht nur da. So stehen z.B. in vielen Ländern der sogenannten Dritten Welt Demokratie und muslimischer Fundamentalismus einander unversöhnlich gegenüber. Die Auseinandersetzung zwischen der westlichen Demokratie und diesem Fundamentalismus spielt sich natürlich primär in den muslimischen Ländern ab (z.B. in Algerien und Ägypten), aber auch anderswo. In vielen Ländern Westeuropas gibt es diese Konfrontation. So steht z.Z. auch in Frankreich diese Problematik auf der Tagesordnung. Viele Nordafrikaner (die 'Beurs') leben in den Elendsvierteln der Großstädte ohne Arbeit und ohne Aussicht auf Verbesserung ihrer Lebenslage. Besonders die jüngere Generation hat den Glauben an ein politisches System verloren, das ihr keine menschenwürdige Zukunft bieten kann. In einer solchen Lage kann der Fundamentalismus festen Fuß fassen. Bezüglich der Vereinigten

¹. Von dieser Konferenz ist ein Protokollband erschienen mit allen Beiträgen: Karl Bönninger, Ingo Wagner, Gerard van Wissen (Hrsg.), *Menschenrechte in unserer Zeit*, Gouda Quint BV, Arnhem/Kluwer Deventer Niederlande, 1990.

². Francis Fukuyama, *The end of history and the last man*, London, 1992.

Staaten brauche ich nur die Ausschreitungen in Los Angeles und die fast aussichtslose Lage der schwarzen Bevölkerung zu erwähnen.

So steht der westlichen Demokratie überall eine Bewährungsprobe bevor. Können wir den Millionen Zuwanderern in unserer Gesellschaft, aber auch denjenigen, die in den Auswanderungsländern zurückgeblieben sind, eine menschenwürdige Zukunft bieten oder nicht? Wenn das nicht gelingt, werden sie zur einfachen Beute demokratiefeindlicher Ideologien, wie z.B. Fundamentalismen unterschiedlicher Prägung.

Auch in den ehemaligen sozialistischen Ländern Mittel- und Osteuropas stehen die Gesellschaften vor der gleichen Herausforderung. Die Menschen dort verbinden Demokratie und Marktwirtschaft miteinander. Wenn es nicht gelingt, die Planwirtschaft in sozial erträglicher Weise auf eine soziale Marktwirtschaft umzustellen, verlieren die Menschen auch ihr Vertrauen in eine demokratische Ordnung und werden zur einfachen Beute von Rattenfängern wie Wladimir Schirinowskij mit seinem fanatischen Nationalismus und seinem Antisemitismus.

Hier liegt meines Erachtens die wirkliche Herausforderung der Demokratie. Weil damals in den dreißiger Jahren die parlamentarische Demokratie nicht imstande war, die soziale und wirtschaftliche Krise zu bewältigen, erlagen breite Schichten in Europa der Verführung totalitärer Ideologien. Die totalitäre Verlockung, 'la tentation totalitaire', wie sie Jean-François Revel genannt hat, gibt es immer noch³. Die Kernfrage unserer Zeit ist deshalb die Frage nach der Fähigkeit eines demokratischen politischen Systems, die heutigen gesellschaftlichen Probleme zu lösen. Wie steigern wir die problemlösende Potenz dieses Systems unter Wahrung seines demokratischen Charakters, des Pluralismus und der Menschenrechte, darauf kommt es an.

Dabei geht es nicht nur um die Lösung der Nord-Süd- und der West-Ost Frage. Vielleicht noch wichtiger ist die Demontage der ökologischen Zeitbombe, die uns alle bedroht. Wenn z.B. die Bevölkerung Chinas das Wohlstandsniveau der DDR der fünfziger Jahre hätte, würde unsere Welt ökologisch zusammenbrechen. In diesem Sinne können wir tatsächlich das Ende der Geschichte erleben. Ist die westliche Demokratie fähig, einer drohenden Katastrophe vorzubeugen? Die heutige Entwicklung gleicht einer griechischen Tragödie: Mit offenen Augen steuern wir gemeinsam dem Abgrund entgegen. Unser politisches Entscheidungssystem ist offensichtlich unfähig, die längst überfälligen Maßnahmen zu treffen.

Die ökologische Problematik kann nur in internationaler Zusammenarbeit gelöst werden. Trotzdem können wir uns national nicht aus der Verantwortung stehlen. Die Kernfrage lautet also: Wie soll unser politisches und verfassungsrechtliches System gestaltet werden, damit wir gemeinsam überleben?

Entscheidend dabei ist auch die Frage, wie wir die politische Legitimation steigern können, damit die notwendigen Entscheidungen auch von der Bevölkerung akzeptiert werden. Demokratie wird oft als *organisiertes Vertrauen* definiert. Bezüglich dieses Vertrauens steckt die westliche Demokratie in einer tiefen Krise. Überall, nicht nur in Italien, sondern auch in meinem und Ihrem Lande und anderswo, wird das Vertrauen in die politische Führung in Frage gestellt und eine moralische Katharsis der politischen Elite gefordert.

Ich habe hier nur einige einführende Bemerkungen gemacht. Es ist mir nicht möglich, in diesem Aufsatz die Problematik der heutigen Demokratie in all ihren Aspekten zu erörtern. Entscheidend für die Zukunft der Demokratie ist die Gestaltung sozialer und politischer Strukturen, die unseren heutigen Problemen gewachsen sind und die von der Bevölkerung getragen werden und in ihr verankert sind. Das bedeutet ein neues Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft, zwischen den Staatsbürgern und ihrem Staat. Ich möchte mich hier auf einen Aspekt beschränken, der in letzter Zeit in meinem Lande rege diskutiert wird und von entscheidender Bedeutung ist für diese Neugestaltung der Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft.

³. Jean-François Revel, *La tentation totalitaire*, Paris, 1976.

Worum handelt es sich? Ich werde einige Beispiele geben:

Das Tempolimit auf unseren Autobahnen wird kaum beachtet. Wie ist das möglich, alle Autofahrer *wissen* doch, daß ein Tempolimit wichtig ist und daß das Einhalten der Höchstgeschwindigkeit Menschenleben rettet? Ein anderes Beispiel: ab 18 Jahren empfängt man in den Niederlanden Beihilfe, falls man kein eigenes Einkommen hat. Diese Beihilfe ist ungefähr so hoch wie ein Stipendium. Warum nehmen viele Studenten nach Absolvierung ihres Studiums einige Monate Urlaub - und leben von dieser Beihilfe -, bevor sie sich einen Arbeitsplatz suchen? Sie *wissen* doch, daß die Beihilfe nur für diejenigen gedacht ist, die keinen Arbeitsplatz finden können.

Welche Annahme liegt diesen Fragen und Klagen zugrunde? Wenn man *weiß*, wie man sich verhalten soll, *wird* man sich auch so verhalten. Im Grunde wird hier ein *Menschenbild* vertreten, das seine Wurzeln schon in der Aufklärung - und besonders in dem rationalistischen Naturrecht des 18. Jahrhunderts - hat. In diesem rationalistischen Naturrecht wurde der Mensch - grob zusammengefaßt - als eine in sich geschlossene Einzelheit, losgelöst von seiner Umgebung, betrachtet. Alle Menschen sind von der Natur her *frei* und *gleich*. Die Rechte auf Freiheit und Gleichheit sind Fundamentalrechte, die aus dem Wesen und der Natur des Menschen hervorgehen. Der Staat hat die Fundamentalrechte zu wahren. Jedem Menschen kommt deshalb eine prinzipiell *staatsfreie Sphäre* zu. Daß Menschen sehr unterschiedlich sind in Auffassungen, Überzeugungen und Lebensweisen, ist für den Staat nicht relevant. Diese Unterschiede gehören zur Privatsphäre der Menschen. Der Unterschied zwischen der öffentlichen und der Privatsphäre - den es vorher kaum gab - wurde durch dieses rationalistische Naturrecht sehr gefördert. Der Staat hat - sozusagen - nur mit der *Außenseite des Menschen* zu tun. Übertrieben gesagt, gleiche für den Staat die Gesellschaft einer Schale *Bleikugeln*. So wurde ein *mechanistisches* Weltbild gefördert, in welchem für das Böse und die menschlichen Schwächen kaum Platz war. Dieses Menschenbild war geprägt von einem *Fortschrittsoptimismus*: Alle Menschen verhalten sich naturgemäß *rational*. Ihr Verhalten ist damit voraussagbar und prinzipiell zu steuern. Wenn menschliches Verhalten nicht rational ist, fehlt offensichtlich notwendige Information, oder man ist (geistes)krank. Wenn die notwendigen Informationen gegeben sind und die Kranken unter ärztliche Betreuung gebracht sind, liegt der Weg zu einer idealen Gesellschaft offen.

Was ich hier hervorhebe, ist natürlich nur skizzenhaft und einseitig. Auch in der Aufklärung, im 18. Jahrhundert, gab es andere Meinungen, und viele waren tief von der menschlichen Schlechtigkeit überzeugt. Viele waren mit dem mehr als hundert Jahre früher lebenden Hobbes fester Überzeugung, daß *homo homini lupus*, daß jeder Mensch dem anderen wie ein Wolf sei. Das Denken über Staat und Gesellschaft ist immer vielfältig, und die Entwicklung ist niemals einspurig. So wurde das rationalistische Naturrecht im 19. Jahrhundert durch die *Romantik* und die *Historische Schule* weitgehend korrigiert.⁴

Trotzdem hat das rationalistische Naturrecht bis in unsere Zeit nachhaltig gewirkt und großen Einfluß ausgeübt, im Osten wie im Westen. So hat es z.B. den Marxismus-Leninismus entscheidend mitgeprägt. Im realen Sozialismus wurde die folgende Auffassung vertreten: Wenn die gesellschaftlichen Verhältnisse 'objektiv richtig' sind - das heißt zuallererst, daß die Produktionsmittel Volkseigentum sind - werden die Bürger sich normkonform verhalten. Wenn Bürger sich unter sozialistischen Verhältnissen nicht normkonform verhalten, fehlen offensichtlich die notwendigen Informationen, sind sie krank oder handelt es sich um ein Überbleibsel vorsozialistischer Zeiten. Der Überfluß an *Agitprop* in den sozialistischen Staaten hing mit dieser Auffassung zusammen, wie auch das Einsperren von Dissidenten in psychiatrischen Krankenhäusern. Daß Menschen, obwohl sie ausreichend informiert und auch nicht geistig krank sind, doch manchmal eigennützig handeln, damit wurde nicht gerechnet. Im Marxismus-Leninismus gibt es keinen Platz für das Böse *im* Menschen oder nur für die menschlichen Schwächen. Ich gebe nur einige Beispiele von psychologischen Selbstverständlichkeiten, welchen keine Rechnung getragen wurde:

⁴. Die rationalistische Naturrechtsschule und die Historische Schule bilden die zwei großen Grundrechtsschulen des Abendlandes. Vgl. Alfred Dufour, *Droits de l'homme, droit naturel et histoire*, Paris 1991.

1. *Macht korrumpiert.* Die unbeschränkte und unkontrollierte Anhäufung von Macht im Sozialismus hat das System pervertiert und den Untergang des realen Sozialismus herbeigeführt.
2. *Was allen gehört, gehört keinem.* Nicht von ungefähr lieferten die kleinen Grundstücke, die die Bauern in der ehemaligen UdSSR privat bearbeiten durften (nur ein kleiner Prozentsatz der gesamten Nutzfläche), u.a. mehr als 80% der Obst- und Gemüseernte.
3. *Was keinen Preis hat, hat auch keinen Wert.* Deshalb - wie wir alle wissen - wurde früher in der DDR Brot zentnerweise weggeschmissen.

Wenn die gesellschaftlichen Voraussetzungen erfüllt sind und die erforderlichen materiellen Grundlagen geschaffen sind, verhalten Menschen sich im Prinzip rational. So war die Annahme im Sozialismus. Damit ist menschliches Verhalten vorauszusagen und zu steuern. *Im Prinzip können Menschen gesteuert werden wie Bleikugeln.* Nicht von ungefähr spielte damals die *Kybernetika* in der sozialistischen Gesellschaftstheorie eine wichtige Rolle.

Nicht nur im Osten, sondern auch im Westen und in meinem Lande, spielte diese Theorie unterschwellig nach 1945 eine wichtige Rolle. Dies wurde von zwei Entwicklungen gefördert.

Erstens. Nach der Menschenfeindlichkeit des Faschismus wurden die Menschenrechte wieder stark betont. Der *Rechtspositivismus*, der in der Vorkriegszeit dominant war, wurde weitgehend vom rationalistischen Naturrechtsdenken ersetzt. Diese Entwicklung kann man z.B. im Denken des großen deutschen Rechtsphilosophen Gustav Radbruchs verfolgen.

Zweitens. Mit dieser Entwicklung interferierte noch eine zweite Entwicklung: *Der Aufbau des Wohlfahrtsstaates.*

Der Ideologie des Wohlfahrtsstaates lag folgende Annahme zugrunde: Dem Staate obliegt - aufgrund der Menschenwürde und der Menschenrechte - die Aufgabe, *Wohlstand, Wohlbefinden* und - obwohl das nicht gesagt wurde - *ja selbst Glück* für seine Bürger herbeizuführen. Die Menschenwürde fordert deshalb nicht nur die Wahrung der staatsfreien Sphäre, sondern auch ein *aktives* Auftreten des Staates. Man meinte - und das war ausschlaggebend - daß es möglich sei, die obengenannten Staatsziele herbeizuführen und die Gesellschaft deshalb entscheidend zu prägen durch *gezielte Steuerung*. Dieser Annahme lag der Gedanken *der Machbarkeit der Gesellschaft* zugrunde: Der Staat habe mittels rechtlicher Maßnahmen die Gesellschaft zu steuern und ist auch dazu imstande. Voraussetzung dafür ist die angebliche *Rationalität* der Bürger. Um nochmals die schon benutzte Metapher zu verwenden: die Bleikugeln, die Individuen in der Gesellschaft, sind im Prinzip zu steuern, weil ihr Verhalten im Prinzip vorauszusagen ist. Die Bürger benehmen sich doch rational. In diesem Rahmen wurde das Recht instrumentalisiert: die Juristen sollten als *social engineers*, soziale Ingenieure, die Gesellschaft rekonstruieren.

Das Ergebnis ist bekannt: eine *Normenflutwelle* war die Folge. Besonders auf die *Quantität* der Rechtsnormen wurde geachtet. Die *Implementierung* und die *Kontrolle* blieben weitgehend außer Betracht. So entstand ein Wald, oder besser noch, ein Dickicht von Regelungen, Subventionen und Steuervergünstigungen zur Förderung der Freiheit und vor allem der Gleichheit, ohne daß der tatsächlichen Auswirkung dieser Regelungen Rechnung getragen wurde. Die Jahr um Jahr wachsenden Steuereinnahmen des Staates durch die immer mehr prosperierende Wirtschaft machten diese Entwicklung möglich und deckten die Schattenseiten zu.

Aus dem *Wohlfahrtsstaat* ist ein *Fürsorgestaat* geworden. Dieser Fürsorgestaat ist finanziell, politisch und moralisch am Ende. Prozentual verwendet der Staat noch ebensoviel Geld, wie vor hundert Jahren, für die primären Staatsaufgaben, das heißt für die Gewährleistung von Ordnung und Frieden, nach innen und nach außen. Die riesige Umverteilung hat den Staatsetat aufgebläht. Sie hat - anstatt die Eigenverantwortung zu fördern - zu einer großen Abhängigkeit vom Staate geführt: breite Schichten hängen heutzutage am Geldhahn des Staates.

Der Staat kann den wachsenden Ansprüchen der Gesellschaft nicht mehr gerecht werden. Die finanziellen Mittel fehlen einfach. Die Entwicklung führt deshalb auch zur *politischen* Unzufriedenheit. Auch in *moralischer* Hinsicht wirft die Entwicklung ihre Schatten, weil sie eine Abhängigkeit vom Staate er-

zeugt hat. Die vielen Regelungen haben durch ihre Maschen und ihre Kompliziertheit Mißbrauch ausgelöst. Menschen sind nicht immer gut und nützen öfters rücksichtslos die Lücken in den Gesetzen aus.

Ich gehe zurück zum Beginn meines Aufsatzes. Die Demokratie kann nur überleben, wenn es politische Strukturen gibt, die den heutigen Problemen gewachsen sind und die die überfälligen Maßnahmen produzieren können, damit wir und unsere Kinder überleben können. Politische Strukturen also, die über eine politische und moralische Legitimation verfügen können. Zum Schluß möchte ich skizzenhaft einige Gedanken formulieren, die meiner Meinung nach wichtig sind beim Versuch, die oben erwähnte Fehlentwicklung zurechtzubiegen.

Erstens. Das Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft soll neugestaltet werden. Dabei sind folgende Fragen zu beachten. Welche Aufgaben, die jetzt vom Staate wahrgenommen werden, können in die *Eigenverantwortung* der Bürger und ihrer Gemeinschaften überführt werden? Welche Staatsaufgaben sind zu *privatisieren*? Der monströs ausgedehnte Staat soll kleiner, aber auch effektiver werden.

Ist nicht - mehr als das bisher der Fall ist - in vielen Bereichen *Selbstverwaltung* möglich? Eine Selbstverwaltung, die die Eigenverantwortung der Bürger stärkt? So wird z.B. bei uns die Möglichkeit untersucht, die öffentlichen Schulen von Vereinen der Eltern verwalten zu lassen.

Zweitens. Die *Normenflutwelle* soll gebremst werden. *Deregulierung* und *Harmonisierung* sind angebracht. Ist diese oder jene Regelung notwendig? Können die Regelungen vereinfacht oder vielleicht sogar aufgehoben werden? Können Regelungen harmonisiert werden? Regelungen sollen einer gesellschaftlichen Kosten-Nutzen-Analyse unterzogen werden.

Drittens. Fördern die Regelungen die *Eigenverantwortung* der Bürger? Werden durch diese Regelungen Bürger - so viel wie möglich - mit den Folgen ihrer Entscheidungen konfrontiert? Um ein Beispiel zu geben: Mit 18 Jahren bekommt in den Niederlanden jeder Studierende maximal für 5 Jahre eine sogenannte *OV-Jahrkarte* (OV= Öffentliche Verkehrsmittel). Diese Karte macht es ihm möglich, *unentgeltlich* und *unbeschränkt* in allen öffentlichen Verkehrsmitteln zu reisen. Bei der Einführung dieser Karte hat man folgendes erwartet: der Student reist in die Schule oder Hochschule, und am Wochenende besucht er seine Eltern. Was haben die Studenten jedoch gemacht? Sie fahren kreuz und quer durch das Land, besonders am Abend und am Wochenende. Alle Züge sind mit Studenten überfüllt. Mehrere Studenten sind zu billigen Kurieren für Betriebe geworden. Eine Kosten-Nutzen-Analyse gibt es bei den Studenten nicht. Die OV-Karte ist ein Paß für Spaß und Vergnügen geworden.

Wenn Elektrizität und Wasser Festbeträge in der Miete sind, wie es früher in den Neubaugebieten der DDR der Fall war, wird Sparsamkeit nicht gefördert und belohnt. Regelungen sollen an die Verantwortung der Bürger appellieren und diese fördern, damit eine verantwortliche Gesellschaft (*Responsible Society*) entsteht. Das heißt eine Gesellschaft und ein Staat, die Verantwortung geben und - wenn nötig - Verantwortung nehmen. Diese *Responsible Society* ist eine *Civil Society*, eine Gesellschaft von verantwortungsbewußten Bürgern.

Viertens. Der Staat hat bei seinen Aktivitäten - und besonders bei seiner Gesetzgebung - *ein realistisches Menschenbild* anzuwenden. Menschen sind nicht immer gut und benehmen sich nicht immer rational. Wie gesagt: die Eigenverantwortung der Bürger soll gefördert werden, und sie sollen mit den Folgen ihrer Entscheidungen - wo möglich -konfrontiert werden. Man soll auf der anderen Seite die Eigenverantwortung nicht überfordern.

Fünftens. Deshalb sollen *Implementierung* und *Kontrolle* der Regelungen mehr Beachtung finden. *Menschen sind keine Bleikugeln*. In den VS wird kaum zu schnell gefahren, weil die Kontrolle so streng ist. Mehr als zuvor sind wir uns der beschränkten Möglichkeiten des Rechts bewußt geworden. Das Recht als Instrument ist weitgehend relativiert. Das Recht kann das Gute nicht erzeugen und dem Bösen nicht vorbeugen, sondern nur einige Schranken stellen und Signale geben.

Die Gesellschaft ist nicht machbar, weil Menschen sich nicht (immer) rational verhalten. Ihr Verhalten wird oft von äußerst zählebigen Irrationalitäten geprägt. So haben viele dunkle Praktiken des Stalinismus z.B. ihre Wurzeln in vorkommunistischen Zeiten, wie Rudolf Bahro überzeugend belegt hat⁵. Das deutlichste Beispiel menschlicher Irrationalität ist heute ohne Zweifel der schreckliche und zerstörerische Krieg im ehemaligen Jugoslawien. Ein politisches System und ein Rechtssystem, das nur auf die Außenseite der Menschen baut und nur ihre Rationalität zum Ausgangspunkt nimmt, ist zum Scheitern verurteilt.

Jede Gesellschaft trägt ihre Geschichte im Rucksack mit sich herum. Auch deshalb ist eine Gesellschaft nicht nach Belieben einzurichten. In seinem Buch *Ombres chinoises* beschreibt Simon Leys die Kontinuität in vielerlei Hinsicht zwischen dem alten und dem kommunistischen China.⁶ Er macht klar, wie das kommunistische Verwaltungssystem mit den Parteisekretären und ihrer Hierarchie weitgehend das Verwaltungssystem der Mandarine weitergeführt hat.

Vielleicht sind Sie der Meinung, daß wir in diesem Aufsatz allmählich von den großen Problemen der Menschheit abgerückt und in den Kleinkram geraten sind. Ich bin nicht dieser Auffassung. Unsere demokratische Ordnung kann nur eine Zukunft haben, wenn wir ihre problemlösende Potenz steigern können. Das ist nur möglich, wenn wir das Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft, zwischen Staat und Bürgern erneuern können.

Das (Staats)recht ist nicht am Schreibtisch konzipiert worden, sondern beinhaltet rechtliche Antworten auf gesellschaftliche Fragen und Probleme. Die *Trias Politica* z.B. war einmal die staatsrechtliche Antwort auf die menschliche Erfahrung, daß unkontrollierte Machtausübung korrumpiert. Staatsrechtliche Lösungen sind nur effektiv, wenn sie der menschlichen Natur Rechnung tragen. Darum ist ein realistisches Menschenbild als Grundlage für eine demokratische Ordnung, die den heutigen Problemen gewachsen ist, unerlässlich.

Gerard van Wissen

Der Autor

Dr. Gerard van Wissen, geb. 1943, studierte Theologie, Philosophie, Rechtswissenschaft und Volkswirtschaftslehre. Er lehrt Öffentliches Recht in Amsterdam. Er beschäftigt sich besonders mit den Grundrechten, dem Staatsrecht der Mittel- und Osteuropäischen Länder und mit sozialetischen Themen.

Erschienen in:

VIA REGIA – *Blätter für internationale kulturelle Kommunikation* Heft 16/ 1994,
herausgegeben vom Europäischen Kultur- und Informationszentrum in Thüringen

Weiterverwendung nur nach ausdrücklicher Genehmigung des Herausgebers

Zur Homepage VIA REGIA: <http://www.via-regia.org>

⁵. Rudolf Bahro, *Die Alternative*. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus, Köln, 1977.

⁶. Simon Leys, *Ombres chinoises*, Paris 1974.